

Fighten fürs Gesundheitssystem

Bevor Wiens Ärzte stärkere Geschütze auffahren, werden die Patienten informiert. Von Elisabeth Tschachler-Roth



Ärztchammerpräsident Dr. Walter Dorner (3. v. r.) mit Vertretern der Kurie niedergelassener Wiener Ärzte.

Wiens Ärzte wollen die Patienten zu ihren Anwälten machen. Mit Plakaten, Informationsfoldern und einer bis 26. März laufenden Unterschriftenaktion startet die Ärztekammer eine Aktion, mit der sie das Gesundheitssystem retten und gleichzeitig die Situation der Ärzte verbessern will.

Standing ovations nennt man das im Showbiz. Dr. Johannes Steinhart, Vizepräsident der Wiener Ärz-

te ihre Anwälte gewinnen. Auf diese Weise, so Kammerpräsident Dr. Walter Dorner, wolle man die Politiker an ihre Verantwortung ihren Wählerinnen und Wählern gegenüber erinnern. Anders ausgedrückt: „Vor den Ärzten fürchten sich die Politiker nicht, aber vor ihren Wählern, den Patienten, schon“, so Dr. Norbert Jachimowitz von der Kurie der niedergelassenen Ärzte.

Gründe für den ärztlichen Unmut gibt es genug, und sie sind

der letzten Verhandlungsrunde festgesetzten Höhe (bzw. Tiefe) bewegen. Viele haben sowieso das Gefühl, seit Jahrzehnten zum Sozialtarif zu arbeiten.

Kanzler im Visier

Das Unmutsfass aber endgültig zum Überlaufen hatte der Politikervorschlag gebracht, Einzelverträge mit den jeweiligen Fachrichtungen abzuschließen: Für Steinhart ganz

Publikum zu hören, immerhin bestehe auch die Möglichkeit, den Vertrag mit der Gebietskranken-

„Die Politiker sollen im Spital warten wie alle anderen.“

kasse auszusetzen. Der Schuss des vertragslosen Zustands, warnte Steinhart, könne auch nach hinten losgehen. Die Ärztekammer befürchtet schon länger, dass hinter der Verzögerungstaktik ein Plan

stecke: jener, das ganze System zu zerschlagen. Und dem würde ein solcher vertragsloser Zustand Vorschub leisten. Außerdem behält sich die Kammer vor, die ganze Aktion langsam, aber sicher hochzuschrauben.

„Und überhaupt“, drohte Präsident Dorner eine weitere Kampfmaßnahme an, „dass wir Politikern den roten Teppich ausrollen, wenn sie ins Spital oder in die Ordination kommen, das werden wir uns jetzt abgewöhnen. Die sollen ihre Nummer kriegen und in der Reihe warten wie alle anderen.“

ÄwoScop

Am 30. Jänner ließ Bundesministerin Kdolsky noch verlauten: „Täglich grüßt das Murmeltier. Ein guter Tag beginnt mit einer Drohung der Ärzteschaft“. Der Frau konnte geholfen werden.

tekammer, bekam solchen Beifall dafür, dass er die Faust aufs Rednerpult donnerte und „Es reicht!“ rief. Rund 900 niedergelassene Ärzte, die am 7. Februar spätabends ins Auditorium maximum der Wiener Universität gekommen und zuerst mit einer Wurstsemmel gelobt worden waren, spendeten Steinhart für diesen Temperamentsausbruch tosenden Applaus.

Eine „große Kuriensitzung“ hatte die Wiener Ärztekammer einberufen, bei der gleichzeitig der Startschuss für eine Öffentlichkeitskampagne gegeben und entsprechendes Material ausgeteilt wurde: Plakate für die Ordi, Folder und Blocks, um Patientenunterschriften zu sammeln. Nachdem im Herbst anlässlich der Ruchwerdung des Ministerinnenplans, medizinische Versorgungszentren einzurichten, zum Ärztestreik aufgerufen worden war, der dann als Informationsstag endete, wollen Wiens Ärztevertreter jetzt ohne Umwege die Patienten als

Mit Infomaterial in den Kampf gegen die Politik: Ärzte als „Fighter“ für die Gesundheit.

längst nicht alle neu: Der administrative Aufwand, der durch e-Card und Erstattungskodex geschaffen

„Es reicht. Wir sind nicht die bösen Ärzte.“

wurde, verursache laut Dr. Rudolf Hainz um bis zu vier Wochen Mehrarbeit pro Jahr. Die Tarifverhandlungen mit der Wiener Gebietskrankenkasse wurden vor Weihnachten abgebrochen, „uns ist der Verhandlungspartner abhanden gekommen“, so Steinhart, „der Obmann sagte, er habe kein Geld.“ Angesichts der fortgesetzten Teuerung und einer Inflationsrate von über zwei Prozent fürchte manch einer um seine Existenz, wenn sich die Tarife noch immer auf der bei

Foto: Ärzte Woche



klar ein Zeichen dafür, die ärztliche Solidarität hintertreiben zu wollen – „eine Schweinerei“.

Und so wollen Wiens Ärzte – die Kammern in anderen Bundesländern sollen bereits Interesse für die Kampagne angemeldet haben – den Kanzler via Patienten in die Pflicht nehmen. Zuerst einmal wird er auf Plakaten als „Ex-Sozialfighter“ angeprangert, der die Krankenkassen finanziell aushungert und uns „direkt in die 2-Klassen-Medizin führt“. Dass jetzt der Kanzler höchstpersönlich und nicht mehr die Gesundheitsministerin ins Visier genommen wird, begründen die Ärztevertreter damit, dass Gusenbauer es sei, der die Politik zu koordinieren habe und nicht die Ministerin, und dass er diese Aufgabe vernachlässigt habe.

Bellen ohne Konsequenz

Bis zum 26. März sollen die Ärzte überdies Unterschriften fürs „PatientInnenbegehren“ sammeln: „Für die beste medizinische Versorgung, für Therapiefreiheit, für Sozialpartnerschaft im Gesundheitswesen“, so die auf dem Unterschriftenblatt vorgegebenen Ziele. Eine „beeindruckende Anzahl an Unterschriften“ wollen die Ärztevertreter dann der Bundespolitik übergeben.

Nicht jeder sieht in dieser Aktion der Kampfweisheit letzten Schluss. Die Standesvertretung belle zwar, beiße aber nicht, war im



Foto: Pfluegl

Von Dr. Wilhelm H. Appel

Rund 900 Kassenärzte unterstrichen durch ihre Anwesenheit bei der Informationsversammlung der Kurie der niedergelassenen Wiener Ärzte nur allzu deutlich, dass man nicht mehr gewillt ist, der mit außerordentlicher Ignoranz und Arroganz betriebenen Gesundheitspolitik länger untätig zuzusehen. Im Gegensatz zu dem etwas missglückten Anlauf im Herbst 2007 unter dem Motto „Wir streiken – wir streiken nicht – wir streiken vielleicht“ war die Linie diesmal ganz klar: „Wir informieren unsere Patienten“. Dass Gusenbauer – der Ex-Sozialfighter – und sein Umfeld nervös reagieren, ist weiters nicht verwunderlich. Bei über 17 Millionen Patientenkontakten pro Jahr haben Wiens Kassenärzte fast 1,5 Millionen Mal Gelegenheit, ihre Klientel auf die prekäre Situation hinzuweisen.

Der Unmut der Ärzteschaft ist nur zu verständlich. Haben sich doch Gusenbauer, Molterer, Kdolsky und andere Dampfpflauderer offensichtlich darauf eingeschworen,

die sich bereits seit Jahrzehnten verschlimmernde Finanzierungsproblematik der Gesundheitsausgaben mit einem spitzen Rotstift bei den Ärztehonoraren zu kurieren. Allein – es fehlt ihnen ein „Augenarzt“. Mit Einsparungen bei den Vertragsarzthonoraren, welche nur 16 Prozent der Gesamtaufwendungen der Kassen ausmachen, ist nichts zu holen. Ganz im Gegenteil: Bei der demografischen Entwicklung und dem medizinischen Fortschritt werden – wollen wir keine Zwei-Klassen-Medizin – die Kosten stärker wachsen als bisher. Die Androhung von kündbaren Kassenverträgen, AVZs, Facheinzelvertragsvereinbarungen und anderen Grauslichkeiten zeigen eigentlich nur allzu deutlich die soziale Kälte der Polit-Kapos gegenüber ihrer Wählerschaft.

Nun, die Kassenärzte helfen gern. Auch diesmal werden sie bemüht sein, die „Kranken Kassen“ und laborierende Regierungsmitglieder auf dem Weg der Genesung zu begleiten. Hilft die homeopatische Medizin nicht, muss man zu stärkeren Mitteln greifen. 1972 brachte der Arztpräsident Dr. Friedrich Daume 7.000 Kollegen in die Wiener Herrengasse, als eine ASVG-Novelle den Kündigungsschutz der Kassenärzte abschaffen wollte. Für jene, die sich nicht daran erinnern können: Der Patient – damals Sozialminister Rudolf Häuser – wurde schlagartig „gesund“. Das Murretier grüßt gerne. ■